

Demokratie und Wissenschaft

Eine Beziehung voller Widersprüche

Moderne Gesellschaften verstehen sich als Wissens- und als Innovationsgesellschaften. Wissensgesellschaften zeichnen sich dadurch aus, dass in ihnen Wissen als grundlegendes Kapital für die gesellschaftliche Entwicklung gilt. In einer Wissensgesellschaft schafft Wissenschaft die Grundlage persönlicher wie politischer Entscheidungen. Folgerichtig wird von der Wissenschaft erwartet, Wissen und Lösungsansätze für die großen Herausforderungen bereitzustellen. Doch sowohl die Analyse als auch das Entwickeln von Lösungen für »wicked problems« wie Klimawandel, Armut und Flüchtlingsströme, die die Zukunft der Menschen betreffen, sind keine einfachen Aufgaben. Mögliche Lösungsansätze bewegen sich zwischen technologiezentrierten Hightech-Szenarien und suffizienzorientierten Downsizing-Szenarien mit vielen Varianten dazwischen.

Transformative Wissenschaft

Folgt man dem normativen Konzept der Nachhaltigkeit, dann erfordern die zu treffenden Entscheidungen, die Konsequenzen für künftige Generationen oder das Leben in anderen Weltregionen zu berücksichtigen. Die Bundesregierung bekennt sich zu den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung wie sie von den United Nations in »Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development« jüngst beschlossen wurden und hat sich zudem verpflichtet, deutlich mehr als bislang zur weltweiten Gerechtigkeit (= Nachhaltigkeit) beizutragen. Herausfordernde technologi-

sche wie soziale Innovationen zur absoluten Senkung des Ressourcenverbrauches und Änderungen der Konsummuster stehen zur nationalen Umsetzung an. Die transdisziplinäre Wissenschaft greift diesen Ansatz auf, in dem sie mit der Gesellschaft Fragestellungen wie Lösungsstrategien entwickelt. Eine solche transformative Wissenschaft versteht sich als Weg für eine nachhaltige Gesellschaft, die mit ihrem Lebensstil und Wohlstandsmodell die planetaren Grenzen respektiert.

In einer Innovationsgesellschaft dagegen wird »Innovation selbst zum Ziel und Zweck gesellschaftlichen Handelns, und zwar als Thema des Handelns [...], als Teil der Routinen des Handelns [...] und als systematisch geschaffene soziale Strukturen zur Herstellung des Neuen [...]«. ¹ Forschung und Innovationen stehen somit nicht nur für fortwährende Erneuerung, sondern zwangsläufig auch für Konkurrenz und Wachstumsdynamik, für die Beschleunigung eines maßlosen Kapitalismus. Die politische Semantik unterstreicht diesen Ansatz, in dem sie die übergreifende Forschungsstrategie der Bundesregierung als »Hightech«-Strategie titulierte. Diese prägt seit dem Jahr 2006 milliarden-schwere Forschungsprogramme, die auf Wirtschaftswachstum und internationale Konkurrenzfähigkeit fixiert sind. Die europäische Lissabon-Strategie, die Europa zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissenschaftsbasierten Wirtschaftsraum machen will, ist Grundlage europäischer Forschungsrahmenprogramme (FRP), die auch auf die nationale Forschungspolitik abfärben. ² Die Forschungs- und Innovationsstrate-

Die lobbyistische Einflussnahme auf politische Entscheidungen umfasst in unterschiedlichem Maß die politischen Themenfelder. Im Bereich der Forschungs- und Technologiepolitik können Akteure der Wirtschaft über die Forschungsunion sogar unmittelbar die forschungspolitische Strategie der Bundesregierung mitentwickeln. Auch wenn mittlerweile durch öffentlichen Druck diese Gremien auch für einige zivilgesellschaftliche Initiativen geöffnet wurden, kann von einer demokratischen Beteiligung kaum die Rede sein. Deshalb fordert z. B. die Plattform Forschungswende größere Einflussmöglichkeiten für mehr Nachhaltigkeit in der Forschungsstrategie, wie Steffi Ober berichtet.



gien sind sehr eng mit den einflussreichsten europäischen Industrien über die Technologieplattformen und Public Privat Partnership-Programme abgestimmt.³

Demokratische Steuerung von Wissenschaft?

Wie nun kann Politik diese kontroversen Erwartungen an eine Wissens- und Innovationsgesellschaft in einer »good governance« demokratisch steuern? Im folgenden Ansatz schaue ich auf die vielfältigen Widersprüche und Widerstände, die sich aktuell im wissenschaftlichen Diskurs wie in der politischen Praxis zu Fragen der Gesellschaftsrelevanz der Wissenschaft ebenso wie zu Partizipation zeigen. Die Steuerbarkeit der Wissenschaft aus der Politik erscheint ebenso zweifelhaft wie das Versprechen, aus dem System der Wissenschaft Relevanz für die Wirtschaft zu generieren. Davon abgesehen sollte die Eigenlogik der Politik, das Ziel des individuellen wie institutionellen Machterhalts, nicht unterschätzt werden.

Der Governance-Ansatz von Mayntz definiert Governance entsprechend breit als »das Gesamt aller nebeneinander bestehenden Formen der kollektiven Regelung gesellschaftlicher Sachverhalte: von der institutionalisierten zivilgesellschaftlichen Selbstregelung über verschiedene Formen des Zusammenwirkens staatlicher und privater Akteure bis hin zu hoheitlichem Handeln staatlicher Akteure«⁴. Eine zentrale Rolle spielen in der Governance-Theorie »Verhandlungen zwischen divergierenden partikularen Interessen [...], um zur gemeinsamen Problemlösung zu gelangen« (a. a. O.). Politisch umgesetzt findet sich dieser Ansatz in neuen institutionellen Arrangements, die Hybride zwischen den verschiedenen Leistungssystemen schaffen.⁵ Diese Ansätze bilden den Versuch, Systeminteressen abzustimmen sowie Legitimation für rechtliche und politische Handlungen zu generieren. Ein Beispiel für ein solches Aushandlungszentrum ist die Forschungsunion, die seit 2006 die Hightech-Strategie der Bundesregierung begleitet. Sie bestand überwiegend aus Vertretern wirtschaftlicher Interessen sowie Vertretern der Großforschungseinrichtungen, insbesondere der Max-Planck-Gesellschaft,

der Helmholtz-Gemeinschaft und des Fraunhofer-Instituts. Die Politik ist durch die Staatssekretäre des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie sowie bei Bedarf weiteren Staatssekretären der Ressorts vertreten. Eingesetzt wurde diese Kommission durch Bundesministerin Schavan.⁶

»Arbeitsschwerpunkt der Forschungsunion ist die Umsetzung der Hightech-Strategie der Bundesregierung. Ein Kernpunkt ihrer Arbeit ist dabei die Frage, wie sich Wissenschaft und Wirtschaft besser verzahnen lassen. Sie identifiziert Innovationstreiber und Innovationshemmnisse; sie untersucht relevante Querschnittsfragestellungen und gesellschaftliche Rahmenbedingungen, sie formuliert Forschungsaufgaben und benennt Handlungsbedarf.«⁷

In der neuen Forschungsunion, die sich jetzt Hightech-Forum nennt, wurden erstmals Vertreter der Gesellschaft mit einbezogen. Dies kann als Folge der Kritik an der einseitigen Ausrichtung der Forschungsunion zwischen 2006 und 2013 verstanden werden, der Druck auf die Politik, dass Forschung auch gesellschaftlich relevant sein müsse, nahm zu. Differenzierte gesellschaftliche Interessen sollen sich nun im Hightech-Forum wiederfinden. Meine These lautet, dass die Widersprüchlichkeiten und die Komplexität in diesem institutionellen Arrangement so noch weiter gesteigert werden, so dass dieses Arrangement wenigstens mit der bestehenden Steuerung deutlich an Grenzen der Integrationsfähigkeit gelangt.

Vertiefter Blick auf Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft

Die Wissenschaft folgt ihrem Systemcode, der Suche nach der Wahrheit. Unter diesem Aspekt werden sowohl die Inputs, die an das System herangetragen werden, wie auch die Outputs, das, was das System produziert, autopoietisch kommuniziert.⁸ Folgerichtig spielen daher wissenschaftsinterne Regeln der Anerkennung in den Disziplinen ebenso wie Veröffentlichungen in Peer-Reviewed Journals die entscheidende Rolle für Wissenschaftler. Die Eigenlogik der Wissenschaft, die »gemeinsame Kultur der Disziplinen« drücke sich in der

selbstreferentiellen »Kultur der Produktion zertifizierten Wissens« aus.⁹ Der einzig gültige Maßstab für die Wissenschaft seien die Peers der disziplinären Community. Gläser und Lange¹⁰ sehen darin ein endogenes Governance-Defizit der Wissenschaft, das zu einem systematischen Gemeinschaftsversagen bei der Erfüllung externer Leistungserwartung führt. Formale Organisationen und Förderprogramme kompensieren dies nur unzulänglich, weil die staatlichen Strukturen auf die Partizipation der Wissenschaft angewiesen sind. Das lässt sich anhand des typischen Agenda-Settings für Forschungsprogramme im BMBF nachverfolgen, das in enger Abstimmung mit der entsprechenden Wissenschaftler-Community erfolgt. Mit einer immer engeren Koppelung zwischen Politik und Wissenschaft geht jedoch die Gefahr einer Verwissenschaftlichung der Politik und einer Politisierung der Wissenschaft einher:

»Die innere Klammer besteht in dem gegenläufigen Bezug der Problemlösungs- und Legitimationsfunktionen der Wissenschaft für die Politik einerseits und der Ressourcenabhängigkeit der Wissenschaft von der Politik andererseits.«¹¹

Problematische Nähe

Nähe geht mit einem Verlust an Distanz einher. Der Verlust an Distanz habe einen Vertrauensverlust zur Folge und unterminiere die Glaubwürdigkeit der Wissenschaft (ebd.). Der Einfluss der Politik befördert zudem die Ökonomisierung der Wissenschaft, denn die Politik ihrerseits ist eng mit der Ökonomie verknüpft und spiegelt diese Koppelung in die Wissenschaft zurück.¹² Neoliberale Ansätze der Hochschulsteuerung, Leistungsanreize, die die Drittmittelakquise belohnen, Stiftungsprofessuren aus der Wirtschaft oder der Hörsaal »Aldi Süd« stehen für den Einfluss der Wirtschaft.¹³ Wenn die staatliche Hochschulfinanzierung ihre Mittel immer weiter zurückfährt, erzwingt sie Anstrengungen der Hochschulen, sich anderweitig zu finanzieren. Folgerichtig geht die erste Hochschule in Brüssel an die Börse.¹⁴ Lukrative Drittmittelprojekte sind wichtiger als Kreativität und Neugierde, Geheimhaltung, wenn die Bezahlung stimmt, kann der Industrie sicher sein. Dabei geraten



zentrale Werte der Wissenschaft, der unbeschränkte Austausch des Wissens in der Republik of Science ebenso wie die Reputation der Wissenschaft als nicht käufliche, freie und unabhängige Instanz, ins Wanken.

Problematisch wird diese Nähe auch dann, wenn es um die Bewertung von Risiken geht. Politik betont die Chancen in der Innovationsgesellschaft, weil sie wirtschaftlichen Erfolg befördern möchte. Ebenso wird die Hightech-Strategie nicht müde zu betonen, dass neue Technologien neue Chancen mit sich bringen und auf Begeisterung stoßen sollten. Innovationen bringen jedoch nicht nur Chancen sondern auch Risiken mit sich. Wir leben in einer Nebenfolgendengesellschaft. Politik steht hier vor einer doppelten Herausforderung – sie soll nicht nur die Chancen hinreichend fördern, sondern auch Risiken begrenzen. Wenn sie wichtige Bereiche nicht fördert, wird sie für die verpassten Chancen zur Rechenschaft gezogen. Um dieses Problem anzugehen und Verantwortung auszulagern, werden Expertengremien als institutionelle Arrangements eingerichtet. Sie »sind auch ein Mittel, das doppelte Risiko der Wissenspolitik zu bearbeiten«. ¹⁵

Für Politik resultiert aus dieser Lage, dass sie die Bedingungen wissenschaftlicher Wissensproduktion mit regulieren muss – um aber eben dies tun zu können, ist Politik abhängig von dem Wissen, das sie regulieren will (ebd.).

Freiheit der Wissenschaft

Ein zweiter Strang, der den aktuellen Diskurs bestimmt, geht auf die Freiheit der Wissenschaft zurück. Wissenschaft entzieht sich seit dem Ende des 17. Jahrhunderts unter Berufung auf ihre generelle Freiheit der politischen Einflussnahme. ¹⁶ Die Freiheit der Wissenschaft wird in den Diskussionen um die gesellschaftliche Relevanz der Wissenschaft immer wieder als Abwehrrecht ins Feld geführt. ¹⁷ Gegen den befürchteten Bedeutungsverlust setzten etablierte Teile der Wissenschaft die entschiedene Abgrenzung gegen gesellschaftliche Ansprüche, sie beharrten auf ihrer Ungestörttheit, der »Republic of Science«. ¹⁸

Auf der anderen Seite stehen die Geltungsansprüche einer transformativen Wissenschaft. Diese transformative Wissenschaft will Antworten und Lösungen für die großen Herausforderungen wie

Klimawandel, Ressourcenübernutzung und Welternährung, bereitstellen. Der Ansatz der transformativen Wissenschaft geht davon aus, dass die Gesellschaft zum einen Zugang zu Wissen braucht, das auf ihre Problemlagen Antworten findet. Zum anderen bietet die Transformation Ansätze und Verfahren, um das gesellschaftliche Wissen, das zu Problemdefinition, Problemlösung wie Kommunikation der Veränderungsansätze (Co-Design, Co-Communication, Co-Production) beiträgt, in strukturierter Form mit der Wissenschaft in Austausch zu bringen.

Hier könnte der aufklärerische Ansatz der Wissenschaftsfreiheit ansetzen. Denn die Freiheit der Wissenschaft ist unverzichtbar, weil Denkfreiheit zu den unveräußerlichen Menschenrechten gehört. ¹⁹ Nur weil diese Denkfreiheit besteht, können Bürgerinnen und Bürger selbst entscheiden, was für sie und das Gemeinwohl das Beste ist. Voraussetzung für diese Denkfreiheit ist jedoch die Möglichkeit, unbegrenzt Zugang zu Bildung und Wissen zu erhalten.

Wissen und Wahrheit den Bürgerinnen und Bürgern verfügbar zu machen, ist eine staatliche Aufgabe. Zwingend folgt daraus auch die Aufgabe, den Aus-

tausch von Wissenschaft mit der Gesellschaft zu alimentieren.

Wirtschaft als Akteur

Neben der Wissenschaft ist die Wirtschaft ein wichtiger Akteur im Forschungs- und Innovationsgeschehen (F&I). Sie stellt mit dem Stifterverband und dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) zwei mächtige Akteure im Forschungs- und Innovationsdiskurs. Der BDI stellt Plattformen für seine Mitglieder auf, in denen wichtige Wissenschafts- und Forschungsthemen diskutiert werden können. Diese Plattformen nennen sich Technologieparlament oder auch direkt Hightech-Strategie. Von Hochschulfinanzierung bis zu Industrie 4.0 kann der BDI so eigene Positionen entwickeln und in den Diskurs einbringen.

Die Mitgliederliste des Stifterverbandes liest sich wie das *Who is Who* der Deutschen Wirtschaftselite. Der Stifterverband mit einer Fördersumme von 150 Mio. Euro fördert den wissenschaftlichen Nachwuchs, analysiert das Wissenschaftssystem und gibt Handlungsempfehlungen an Politik und Wirtschaft ab. Präsident des Stifterverbandes ist Prof. Dr. Dr. Barner, Vorsitzender der Unternehmensleitung der Böhlinger-Ingelheim GmbH. Im Jahr 2007 wurde er vom Bundespräsidenten in den Wissenschaftsrat berufen. Er ist Mitglied des Vorstandes des Bundesverbandes der Deutschen Industrie sowie Mitglied im Senat der Max-Planck Gesellschaft und der Helmholtz-Gemeinschaft. In der Forschungsunion (2009 bis 2013) war er Sprecher der Promotorengruppe Gesundheit/Ernährung. Bis zum Jahr 2013 leitete er sechs Jahre lang das Technologieparlament des BDI.

Wirtschaft orientiert sich an Gewinn, Konkurrenz und Markt. Wirtschaft treibt die Suche nach der nächsten Innovation und damit Investitionsmöglichkeit an.²⁰ Ob diese Innovation sozial- und umweltverträglich ist, spielt keine Rolle, obschon die Politik diese Erwartung an die Wirtschaft richtet. Darüber hinaus verlangt die Politik, dass sich die Wirtschaft an einer nachhaltigen Entwicklung beteiligt. Jedoch ist Nachhaltigkeit ein Querschnittsthema, das sich durch die Systeme durchzieht und dort in den jeweiligen Systemlogiken interpretiert wird. In

der Wirtschaft lautet dieser Prozess dann Green Economy oder Nachhaltiges Wirtschaften, Überschriften, die sich auch in der Hightech-Strategie wiederfinden. Nachhaltigkeit ist dann für die Wirtschaft attraktiv, wenn sie bislang ungenutzte oder unerkannte Innovations- und Investitionsmöglichkeiten bietet.

Es sind nicht zuletzt auch die Innovationen auf der Ebene der Grundstoff- und energieintensiven Industrien, die maßgeblich zur Entwicklung energieeffizienter und umweltfreundlicher Produkte beitragen. Ohne sie wäre nachhaltiges Wirtschaftswachstum nicht vorstellbar. Es geht bei nachhaltiger Entwicklung immer um die Wirtschaft als Ganzes.²¹

Normative Nachhaltigkeit

Betrachtet man Nachhaltigkeit aus einer normativen Perspektive, ist Nachhaltigkeit kein Konzept des business as usual. Der Brundtland-Report definiert sie als concept of needs, insbesondere der Sicherung der Grundbedürfnisse der Armen dieser Welt. Das impliziert jedoch, dass eine gerechte Verteilung von Ressourcen eine Senkung des absoluten Verbrauchs der reichen Länder erfordert. Dieser Gedanke ist zwingend verbunden mit einer »idea of limitations«²², die die Grenzen des Ressourcenverbrauchs und der Übernutzung der natürlichen Ökosysteme einhält (Planetary Boundaries). Die globalen Nachhaltigkeitsziele geben einen neuen internationalen Prozess vor. Zum ersten Mal wird deutlich die Mitverantwortung der Industrie- und Schwellenländer an Umweltzerstörung und Armut durch ihren Konsum- und Lebensstil benannt. Der Wachstumszwang der Industrieländer mit einem immer weiter steigenden Ressourcenverbrauch stößt auf die Forderung nach Schutz der globalen Gemeingüter. Strategien zum Schutz der Gemeingüter zu entwickeln und umzusetzen, obliegt der Politik. Schaut man auf die Trippelschritte in der Klimapolitik mit weltweit steigenden Kohlendioxidemissionen sowie das Versagen der Biodiversitätsstrategien zum Erhalt der biologischen Vielfalt, lässt sich unschwer diagnostizieren, dass die Möglichkeiten der Politik begrenzt sind. Henkel stellt dazu fest: »Wo immer Wissenschaft und Wirtschaft im Spiel sind, scheitern normative Erwartungen der Politik jedenfalls potentiell.«²³

Ausgehend von einem systemtheoretischen Ansatz muss man sich fragen, inwieweit Politik Einfluss auf Wissenschaft und Wirtschaft nehmen kann. Um aber überhaupt handlungsfähig zu sein, um an der Bereitstellung von Erwartungsstrukturen überhaupt mitzuwirken, die als Voraussetzung wie auch immer geariteter Innovation erforderlich sind, sei Politik gezwungen, die Illusion der Möglichkeit politischer Innovationssteuerung zu schaffen und aufrechtzuerhalten.²⁴

Politik kann also wissenschaftliche Entwicklung oder wirtschaftliche Investitionen nicht direkt steuern. Und doch braucht Politik wissenschaftliche Expertise als Legitimation für ihr Handeln genauso wie Forschung und Innovationen für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik.

Das Hightech-Forum

Ein Ausweg ist die Schaffung von intermediären, institutionellen Arrangements, in denen ein Austausch zwischen den verschiedenen Systemen stattfinden kann. Ein solches Expertengremium soll im Folgenden vorgestellt werden. Das Hightech-Forum begleitet die Hightech-Strategie der Bundesregierung und entwickelt ein neues Leitbild. Neben Handlungsempfehlungen sind Roadmaps und Szenarien geplant. Die Hightech-Strategie widmet sich den »prioritären« Zukunftsaufgaben:

»Die Hightech-Strategie hat in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, die Position Deutschlands im globalen Wettbewerb stark zu verbessern. Investitionen in Forschung und Innovation wurden erfolgreich ausgebaut und gebündelt.«

Das Hightech-Forum strukturiert sich in thematischen Arbeitskreisen. Als Grundlage für Nachhaltiges Wirtschaften dient der Green Economy-Ansatz aus dem Agendaprozess FONA 3. Für die politikfeld- und ressortübergreifende Bündelung und Verzahnung der Aktivitäten wird das »Fachforum Nachhaltig Wirtschaften (Green Economy)« als eines von acht Foren der Hightech-Strategie eingerichtet.²⁵

Darüber hinaus jedoch soll in der neuen Hightech-Strategie die Verankerung von Innovationen »in der Mitte der Gesellschaft« stärken. Deshalb wird die Wissenschaftskommunikation verstärkt und die Mitgestaltung innovationspoliti-

scher Prozesse durch »interessierte Bürgerinnen und Bürger« vorangetrieben. Der Vorläufer des Hightech-Forums, das Forschungsforum Wirtschaft-Wissenschaft war ausschließlich mit VertreterInnen aus Wissenschaft und Wirtschaft besetzt. Folgerichtig wurde seitens der organisierten Zivilgesellschaft kritisiert, dass Forschungspolitik im geschlossenen Raum verhandelt wird. Die Dominanz von Technologieorientierung, Wachstum und internationaler Konkurrenzfähigkeit wurde schon allein durch die personelle Besetzung des Gremiums durch das BMBF hergestellt. Solche Expertengremien sind weder gewählt noch stehen sie in einem direkten Verantwortlichkeitsverhältnis.²⁶ Seit 2014 sind erstmalig auch sechs VertreterInnen der Gesellschaft eingebunden. Als Gesellschaft gelten dabei die Volkswagen Stiftung ebenso wie der Sachverständigenrat für die Begutachtung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, besser bekannt unter dem Namen »Wirtschaftsweise«. Die Antwort auf die Fragen einiger Verbände sowie der Partei Die Linke (kleine Anfrage), warum genau diese Personen gewählt wurden, welche Kriterien für die Auswahl galten, blieb das BMBF schuldig. Weitere Personen sind VertreterInnen des DGB, des Rates für Nachhaltige Entwicklung sowie des Bundesverbandes Bürgerschaftliches Engagement. Die Gewerkschaften waren als einzige in den vorhergehenden beiden Expertengremien (Forschungsunion) vertreten. Sie sind traditionell in die Aushandlungsfelder Wirtschaft und Arbeit in einer korporatistischen Aushandlungslogik eingebunden.

Mit den Vertreterinnen der Gesellschaft im HTF zeigt sich bereits ein zentrales Dilemma. Wer spricht für die Gesellschaft oder wer kann für die Gesellschaft sprechen? Aus Sicht der Sozial-, der Umwelt- oder der Entwicklungshilfeverbände stellen sich Problemlagen und Lösungsansätze unterschiedlich dar, je nach der eigenen, sinngebenden Semantik, die sich an Zielen wie Wohlfahrt, Ökologie oder Gerechtigkeit orientieren.

Herausforderungen

Henkel verbindet mit der Einführung von institutionellen Arrangements die Hoffnung, dass diese: »Die Probleme

zwar nicht ›löst‹, aber doch ausreichend bearbeitet, um auch ein bisschen mehr Komplexität noch umsetzen zu können.«²⁷

Ausgehend von dieser recht ernüchternden Bewertung stellt sich die Frage, wie man pragmatisch den Prozess im Hightech-Forum so strukturieren könnte, dass hinreichend Komplexität umgesetzt werden kann. Die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft ist wie oben dargestellt gut eingespielt und pflegt vielfältige Mechanismen des Austausches und der Abstimmung. Was jedoch fehlt ist eine Idee, wie »die« Gesellschaft oder wenigstens hinreichend vielfältig differenzierte Interessen durch die Akteure der Gesellschaft im HTF eingebracht und bearbeitbar gemacht werden können.

Hier setzt die Plattform »Forschungswende« an, die aus großen Dachverbänden aus Natur- und Umweltschutz (DNR), Entwicklungshilfe (VENRO) und Sozialverbände (BAGFW) neben vielen kleineren Verbänden besteht.²⁸ Diese Plattform wird mit einem Verbändeförderprojekt aus dem UBA/BMUB seit 2012 bis 2016 gefördert. Ausgehend von den Überlegungen, wie Verbände in Forschungs- und Innovationspolitiken besser eingebunden werden können, werden analytische Studien erstellt und Tagungen zu Inhalten wie Prozessgestaltung durchgeführt. In Diskussionsrunden mit den Verbänden wurden folgende Themen vertieft: Welche Fragen stellen diese Gruppen an die Wissenschaft, wie kommen sie an Informationen aus der Wissenschaft, wie könnte man die Zugänge verbessern? Diese Fragen haben wir mit Interviews vertieft. Zwei wesentliche Aspekte konnten wir identifizieren. Zum einen spielt Vertrauen eine wesentliche Rolle. Die Informationen aus der Wissenschaft müssen vertrauenswürdig sein, mehr direkter Austausch und Kommunikation mit den Wissenschaftlern würde dieses Vertrauen fördern. Zum anderen ist eine zielgruppenspezifische Ansprache notwendig, ein Perspektivwechsel, um eine Kontextualisierung in der jeweils vorherrschenden Semantik vorzunehmen. Dies ist eine sehr aufwendige Aufgabe in einer hochdifferenzierten Gesellschaft. Bekanntermaßen folgen gesellschaftliche Organisationen sehr unterschiedlichen Werten, die weder homogen noch widerspruchsfrei sind. Diese passgenau-

en Ansprachen und Rahmungen können nur mit den Zielgruppen gemeinsam erarbeitet werden.

Akteure der Zivilgesellschaft bringen andere Wissensbestände mit wie beispielsweise Verfahrenswissen, das gerade für Transformationsansätze wie neue Formen der Mobilität, der Städteplanung oder Änderungen des Konsumverhaltens wichtig ist. Der Ansatz von Ko-Design, dem gemeinsamen Entwerfen von Forschungsfragen, Ko-Produktion (gemeinsame Produktion) und Ko-Kommunikation (gemeinsame Kommunikation) sieht genau diese gemeinsamen Schritte für eine transdisziplinäre Wissenschaft vor.

Aktuell ist bei der Beteiligung zivilgesellschaftlicher Expertise in Forschungsprojekten jedoch die Regel, dass allein die Wissenschaftler(innen) die Forschungsfragen und -ziele formulieren, während die gesellschaftliche Praxis erst später in beratender Form in den Prozess aufgenommen wird. Somit fehlt das Wesentliche, eine »Shared Ownership«, das gemeinsam geteilte Anliegen. Hier wird ein wichtiger Hebel für gesellschaftliche Transformation verschwendet. Denn Praxispartner neigen dazu Erkenntnisse, die aus nur teilweise gemeinsam vertretenen Forschungsvorhaben entstehen, sich nicht oder nur eingeschränkt zu eigen zu machen. Dann werden die Ergebnisse im behandelten, gesellschaftlichen Problemfeld nur zögerlich oder gar nicht verfolgt, umgesetzt oder unterstützt. Die gesellschaftliche Transformation wird blockiert. Das ist angesichts der Notwendigkeit eines schnellen Wandels kein wünschenswerter Zustand. Das uralte Problem eines Wissenstransfers, bei dem Forschungsergebnisse aus der Wissenschaft in die Gesellschaft vermittelt werden, in umgekehrter Richtung aber kein Wissensfluss erfolgt, zeigt sich hier erneut, weil nicht konsequent genug gehandelt wurde.

Orte der Kooperation

Kooperation mit den Akteuren und Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft braucht Räume – Räume, in denen sich die verschiedenen Systeme und Denkweisen begegnen, in denen Vertrauen aufgebaut und Verständnis für die unterschiedlichen Sichtweisen erworben werden kann. Der Umgang mit

Unterschieden erfolgt am besten in informellen Strukturen.²⁹ Alle gewinnen mehr, wenn ein Austausch auf Augenhöhe hierarchiefrei stattfindet. Die Transformation hin zu einer nachhaltigeren und humaneren Gesellschaft sollte sich eher an den vielfältigen Lebensrealitäten als an starren etablierten Strukturen orientieren.³⁰ Gerade »weil man keinen klar definierten Weg vom Ist- zum Soll-Zustand habe und das Wissen oft unsicher und komplex sei«, empfiehlt der Wissenschaftsrat in seinem jüngsten Positionspapier zu den Großen Herausforderungen³¹ eine eher indirekte Koordinierung sowie eine Instrumenten- und Perspektivenvielfalt in der Wissenschaftsförderung. Diese sei besser geeignet als zentrale Steuerungsansätze, um die Herausforderung der gesellschaftlichen Transformation zu gestalten. Eine gemeinsame Agora mit verschiedenen Räumen und Formaten, die Austausch und gemeinsames Lernen zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Wissenschaft ermöglicht, stärkt das Vertrauen und das gemeinsame Wissen. Dies trägt dazu bei, Wertepreferenzen einer Gesellschaft und somit eine Prioritätensetzung in der politischen Forschungssteuerung in einem deliberativen Diskurs zu erarbeiten. Gerade wenn diese Prozesse wie beim Agenda Setting für neue Forschungsprogramme über mehrere Jahre gehen, sind hier zivilgesellschaftliche Organisationen geeignete Ansprechpartner, die einen solchen Prozess mit begleiten können. Eine gemeinsame Evaluation der Forschungsprogramme wie Kommunikation könnten die Verantwortung für Lösungen und Umsetzungen stärken.

Fazit

Das Hightech-Forum kann nur dann seinen Aufgaben nachkommen, wenn hinter den handelnden Akteuren weitere Strukturen stehen, die schon im Vorfeld helfen, Komplexität zu bearbeiten und Abstimmungen zu erleichtern. Diese Strukturen gibt es bereits für Wissenschaft – Wirtschaft, für den Bereich Wissenschaft – Zivilgesellschaft fehlen sie jedoch weitestgehend. Das Projekt Forschungswende zeigt einen Weg auf, wie eine strukturierte Diskussion zwischen Wissenschaft und Akteuren der Zivilgesellschaft gestaltet werden kann. Ideal

wären ein, zwei, viele Agoren, vielfältige Räume, die Austauschmöglichkeiten zwischen Wissenschaft und Zivilgesellschaft bereitstellen, um in informellen Settings neue Lern- und Gestaltungsmöglichkeiten zu bieten. Aus diesen Prozessen heraus könnten die Vertreter der Gesellschaft im HTF inhaltlich und strukturell so unterstützt werden, dass sie die Komplexität der gesellschaftlichen Interessen besser einbringen und bearbeitbar machen könnten. Dies könnte dazu beitragen, robustere Zukunftsentwürfe sowie erfolgreiche Forschungs- und Innovationsstrategien anzuschließen und die Umsetzung zu beschleunigen.

Anmerkungen

- 1) https://www.innovation.tu-berlin.de/file-admin/i62_ifsgktypo3/TUTS_DE_WP_4_2011.pdf.
- 2) Lissabon Strategie unter: http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Lexikon/Pdf/Lissabon_Strategie.pdf (07/2013).
- 3) Budget Horizon 2020 87 Mio. (Vorschlag Kommission) unter: <http://www.forschungsrahmenprogramm.de/horizont2020.htm> Budget (07/2013).
- 4) Renate Mayntz 2004: *Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie?* MPIfG Working Paper 04/1. Köln: Max Planck Institut für Gesellschaftsforschung: 1–12.
- 5) Anna Henkel 2015 (Im Erscheinen): *Institutionelle Arrangements als intersystemischer Abstimmungsmodus*: 244 ff.
- 6) www.forschungsunion.de.
- 7) <http://www.hightech-strategie.de>.
- 8) Niklas Luhmann 1984: *Soziale Systeme*, Frankfurt/Main.
- 9) Peter Weingart 2005: *Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft*, Wiesbaden: 70.
- 10) Jochen Gläser und Stephan Lange 2007: »Wissenschaft«, in: Benz et. al. (Hg.): *Handbuch Governance*, Wiesbaden: 437–451.
- 11) Siehe Fn 9: 132.
- 12) Richard Münch 2011: *Akademischer Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform*, Berlin.
- 13) <http://www.studis-online.de/HoPo/art-1724-industrie-hochschulforschung.php>.
- 14) *Spiegel online*. 06.10.2015.
- 15) Siehe Fn 5: 261.
- 16) Daele, Krohn et al. 1979.
- 17) In Deutschland ist dies durch Artikel 5, Absatz 3, Satz 1 des Grundgesetzes vorgegeben, der lautet: »Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.«
- 18) Michael Polany 1962: »The Republic of Science: Its Political and Economic Theory«, in: *Minerva* 1: 54–74.
- 19) »Frei denken zu können ist der auszeichnende Unterschied des Menschenverstandes vom Thierverstande. [...] die Aeußerung der Freiheit im Denken ist eben so, wie die Aeußerung derselben im Wollen, inniger Bestandtheil seiner Persönlichkeit; ist die nothwendige Bedingung, unter welcher er sagen kann: ich bin, bin selbst-ständiges Wesen.« (Gottlieb Fichte 1793 zitiert nach Wilholt 2012: 32)
- 20) Henkel 2012: 248.
- 21) https://www.fona.de/ge2012/Leitbilder_GreenEconomy_Konferenzpartner.pdf.
- 22) »Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs. Imposed by the state of technology and social organization on the environment's ability to meet present and future needs.« (World Commission on Environment and Development 1987: 43).
- 23) Siehe Fn 5: 245.
- 24) Bora 2009 zitiert nach ebd.:265.
- 25) <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/064/1806470.pdf>: 64.
- 26) Anton Bora und Peter Münte 2012: *Mikrostrukturen der Governance*, Baden Baden.
- 27) Siehe Fn 5: 266.
- 28) Ich vertiefe an dieser Stelle nicht die Frage nach der Legitimation zivilgesellschaftlicher Organisationen. Selbstredend sind sie nicht Input-legitimiert. Jedoch können sie mit Fug und Recht eine Output-Legitimation in Anspruch nehmen, da sie Leistungen bereitstellen, auf die ein demokratischer Staat angewiesen ist, die er jedoch selbst nicht herstellen kann. Der Einsatz vieler Verbände für die Flüchtlinge aktuell ist ein überzeugendes Beispiel.
- 29) »Informal« means that contacts between people of differing skills or interests are rich when messy, weak when they become regulated, like boring meetings run strictly on formal rules of order.« (Richard Sennett 2011: »Essay Humanism« in: *Hedgehog Review*) vgl. http://www.iasc-culture.org/THR/THR_article_2011_Summer_Sennett.php.
- 30) Humanism's emphasis on life-narratives, on the enriching experience of difference, and on evaluating tools in terms of human rather than mechanical complexity are all living values—and more, I would say, these are critical measures for judging the state of modern society. (Richard Sennett, ebd.).
- 31) Wissenschaftsrat 2015: *Zum wissenschaftspolitischen Diskurs über Große Gesellschaftliche Herausforderungen*.

Steffi Ober ist Initiatorin und Leiterin des Projektes Forschungswende. Forschungswende unterstützt das Wissen und den Austausch zivilgesellschaftlicher Organisationen zu Forschung und Innovation. Steffi Ober ist promovierte Tierärztin mit einem weiteren Abschluss, einen Master in Public Policy der Humboldt-Viadrina School of Governance. Seit 2004 ist Steffi Ober für den Naturschutzbund NABU tätig.